

**ANFRAGE** von Nicola Yuste (SP, Zürich), Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht), Florian Heer (Grüne, Winterthur)

betreffend Sicherheit von durch kantonale Stellen auf Cloud-Diensten gespeicherten Daten

---

Der Regierungsrat beschloss an seiner Sitzung vom 30. März 2022 die Zulassung der Cloud-Lösung Microsoft 365 für sämtliche der IKT-Strategie unterstehenden Einheiten der kantonalen Verwaltung sowie die Kantonspolizei. Mit Microsoft 365 stehe eine Cloud-Lösung mit einer Breite an Diensten zur Verfügung, darunter die Cloud-Services Exchange Online sowie Microsoft Teams.

Der Regierungsrat geht in der Publikation auch auf Fragen zur IT-Sicherheit und zum Datenschutz im Zusammenhang mit Cloud-Lösungen ein. Im Vergleich zu On-Premises-Lösungen würden bei Cloud-Lösungen grundsätzlich keine höheren Risiken bestehen, aber das Risikoprofil unterscheide sich.

Der Kanton, vertreten durch das Amt für Informatik, habe im Juni 2021 Verträge mit Microsoft abgeschlossen. Die Verhandlungen seien von der Datenschutzbeauftragten des Kantons begleitet worden und das Vertragswerk sei mit einer von der Datenschutzbeauftragten gestützten Ergänzung abgeschlossen worden. Diese Ergänzung ist allerdings nicht öffentlich einsehbar.<sup>1</sup> Ein Gesuch um Informationszugang betreffend Einsatz von Microsoft 365 in der kantonalen Verwaltung wurde im Juli 2022 vom Amt für Informatik mit Berufung auf eine Vertraulichkeitsvereinbarung mit Microsoft abgelehnt.<sup>2</sup>

Die Regierung weist im RRB 542/2022 über die Zulassung von Microsoft 365 auf das spezifische Risiko im Bereich «Lawful Access» hin. Amerikanische Softwareanbieter können gestützt auf den CLOUD Act (Clarifying Lawful Overseas Use of Data Act) unter bestimmten Voraussetzungen von Behörden zur Herausgabe von Kundendaten gezwungen werden. Die Regierung stellt im genannten RRB jedoch fest, dass ein solches Szenario in der Praxis höchst unwahrscheinlich sei.

Datenschützer anderer Kantone (Thurgau, Luzern) sehen die Vertraulichkeit von persönlichen Daten mit Microsoft als nicht durchsetzbar und weisen auf eine potenzielle Verletzung des Amtsgeheimnisses hin.

Vor diesem Hintergrund bitten wir (in Ergänzung der Anfrage von Lorenz Habicher und Valentin Landmann vom 19. September 2022) die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie begründet das Amt für Informatik den Entscheid, das Vertragswerk mit Microsoft und die Ergänzung der Datenschützerin geheim zu halten?
2. Wie wird das Interesse der Öffentlichkeit, auch vor dem Hintergrund der Vertrauensbildung der Bevölkerung in den Datenschutz der öffentlichen Verwaltung, in diesem Fall gewichtet?
3. Hat der Kanton Zürich abgesehen vom CLOUD Act auch die potenziellen Risiken durch extraterritoriale Zugriffsrechte von US-Behörden nach dem USA Patriot Act, USA Freedom Act und FISA (Foreign Intelligence Surveillance Act) analysiert? Zu welchem Schluss kommt diese Analyse?

---

<sup>1</sup> <https://steigerlegal.ch/2022/06/11/kanton-zuerich-microsoft-365-geheimhaltung/>

<sup>2</sup> <https://steigerlegal.ch/2022/08/05/kanton-zuerich-microsoft-cloud-geheimhaltung/>

4. Wie geht die Verwaltung im Kanton Zürich mit Personendaten und besonderen Personendaten (z.B. Daten des Justizvollzugs, Gesundheits-, Steuer- oder Sozialhilfedaten) um, werden diese ebenfalls über den Cloud-Dienst gespeichert oder geteilt?
5. Hat der Regierungsrat Massnahmen für die Speicherung solcher sensibler Daten (auf geschlossenen Netzwerken) kantonaler Stellen verfügt oder ist er daran, dies zu tun, und wenn nicht, warum?
6. Welche gesetzlichen Grundlagen gelten für die Sicherheit von auf Cloud-Diensten gespeicherten Daten kantonaler Stellen und Institutionen (u. a. Polizei, Gerichte, Spitäler, Schulen, Universitäten etc.)? Bitte um Auflistung der betreffenden eidgenössischen und kantonalen Gesetze resp. Gesetzesparagrafen.
7. Gibt es eidgenössische respektive kantonale Verordnung (en) betreffend die Speicherung und Sicherheit von Daten staatlicher Institutionen und/oder die Speicherung und Sicherheit von auf Cloud-Diensten gespeicherter Daten? Falls nicht, hat sich oder nimmt sich der Regierungsrat diesen Fragen an respektive was und bis wann plant er in dieser Sache?
8. Was sind die Gründe der Regierung, dass sie sich bisher im Gegensatz zu anderen Kantonen gegen eine Erstellung einer eigenen Cloud oder eines Dienstes mit Server in der Schweiz entschieden hat?

Nicola Yuste  
Hans-Peter Amrein  
Florian Heer